

INTERPELLATION von Bruno Zuppiger (SVP, Hinwil) und Ernst Schibli (SVP, Otelfingen)

betreffend Zeitung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV)

Einer Mitteilung der "NZZ" zufolge plant der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) die Herausgabe einer Gratis-Tageszeitung für Pendler.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der ZVV als staatliche Organisation arbeitet stark defizitär und wird jährlich mit Hunderten von Millionen Franken vom Kanton und von den Gemeinden mit Steuergeldern subventioniert. Erachtet die Regierung ein solches Zeitungsprojekt, welches das ZVV-Defizit noch verschärfen würde, nicht auch als verfehlt?
2. Ist die Regierung auch der Meinung, dass die Herausgabe einer solchen Zeitung durch eine staatliche, mit Steuergeldern unterstützte Organisation die Handels- und Gewerbe-freiheit verletzt?
3. Teilt die Regierung die Auffassung, dass ein solches Projekt andere Zeitungen, die keine staatliche Unterstützung erhalten, konkurrenzieren und in ihrer Existenz gefährden würde?
4. Welche Massnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, um einer solchen Fehlentwicklung frühzeitig einen Riegel zu schieben?

Bruno Zuppiger
Ernst Schibli

E. Stocker
U. Welti
P. Abplanalp
H.P. Züblin
A. Suter
K. Krebs
W. Peter
H. Badertscher

H. Rutschmann
F. Binder
H.J. Schmid
W. Haderer
A. Heer
P. Marti
G. Schellenberg
V. Krähenbühl

Dr. H. Weigold
J. Jucker
W. Honegger
I. Enderli
W. Gubser
U. Betschart
E. Brunner
A. Schneider-Schatz

Begründung:

Die Herausgabe einer Gratiszeitung durch eine staatliche Organisation, wie sie der ZVV darstellt, die mit Steuergeldern massiv unterstützt wird, ist ein Schlag ins Gesicht jedes Steuerzahlers und eine Verletzung der Handels- und Gewerbe-freiheit zum Nachteil anderer Zeitungen. Entsprechende Massnahmen durch den Regierungsrat drängen sich auf.

